



Jugendsession  
Session des jeunes  
Sessione dei giovani  
Sessiun da giuvenils

# Jugendsession 2011

1. – 4. September 2011

## > Dossier

## Entwicklungszusammenarbeit



## 1. Inhaltsverzeichnis

1. Inhaltsverzeichnis .....	3
2. Abstract .....	3
3. Einleitung .....	4
4. Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz .....	4
4.1. Die DEZA und ihre Arbeit .....	4
4.2. Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz .....	5
5. Politische Aktualität .....	6
5.1. International .....	6
5.1.1. Millenniumsentwicklungsziele der UNO .....	6
5.1.2. Poverty Reduction Strategy Papers .....	8
5.2. Schweiz .....	8
6. Kritik am Konzept der Entwicklungszusammenarbeit .....	9
7. Aktuelles zum Schluss .....	10
8. Weiterführende Links .....	11

## 2. Abstract

Im Februar 2011 hat das Parlament beschlossen, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0.5 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Die UNO fordert aber seit mehreren Jahrzehnten eine Erhöhung auf 0.7 % in allen Industrieländern. In diesem Dossier werden verschiedene Akteure der Schweizer Entwicklungspolitik beleuchtet. Zudem wird auf internationale Richtlinien oder Projekte wie die Millenniumsentwicklungsziele der UNO vorgestellt und es wird untersucht, inwiefern die Schweiz sich für das Erreichen dieser Ziele engagiert und welche Probleme sich dabei ergeben. Zuletzt werden auch der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit und die Ansichten, die dahinterstehen, kritisch betrachtet.

### 3. Einleitung

Entwicklungszusammenarbeit ist für die Schweiz ein wichtiges Thema: Seit fünfzig Jahren engagiert sich die Schweiz in benachteiligten Regionen der Welt für eine nachhaltige Entwicklung. Sie liefert Experten für bestimmte Projekte und unterstützt diese auch finanziell. Sind diese Zahlungen und Unterstützungsmassnahmen richtig, vielleicht sogar die Pflicht eines Industrielandes, oder doch eher überflüssig? Wie steht es mit dem oft gehörten Vorwurf, dass sehr viel Geld, das eigentlich für Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gedacht ist, letztendlich für die Verwaltung aufgewendet werde? Und was heisst Entwicklung überhaupt? Welche Annahmen stecken hinter dem Begriff?

Das vorliegende Dossier bietet einen Überblick über die verschiedenen Problematiken und Veränderungen, die sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ergeben. So werden die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz – insbesondere die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), aber auch einige wichtige Nichtregierungsorganisationen – kurz vorgestellt. Sodann wird auf die internationale und nationale Entwicklungspolitik eingegangen und es werden einige Geschäfte, die zurzeit in den eidgenössischen Räten hängig sind, angesprochen. Zum Schluss wird die Kritik am Konzept der Entwicklungszusammenarbeit thematisiert. Allerdings können an dieser Stelle viele Punkte nur am Rande erwähnt werden – es empfiehlt sich eine eigene Recherche auf den angegebenen Homepages (vgl. Kap. 4 sowie die Fussnoten).

### 4. Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz

In der Schweiz existieren verschiedene Körperschaften, die sich um die Entwicklungszusammenarbeit kümmern. Auf Seite des Bundes ist dies die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (nachfolgend DEZA). Die Entwicklungszusammenarbeit ist in der schweizerischen Aussenpolitik nach wie vor sehr wichtig und dient unter anderem der Umsetzung der Prinzipien Solidarität, Neutralität und Universalität.<sup>1</sup>

#### 4.1. Die DEZA und ihre Arbeit

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1960 war die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Bund und Privaten in der Schweiz nicht koordiniert.<sup>2</sup> 1960 wurde der Dienst für technische Zusammenarbeit (die spätere DEZA) gegründet, der dem Aussendepartement EDA angegliedert war und in einer späteren Phase mit dem Bundesamt für Wirtschaft SECO zusammenarbeitete.

---

<sup>1</sup> Vgl. [www.hls.ch](http://www.hls.ch) → Suche nach „Entwicklungszusammenarbeit“ [Stand: 10.06.2011].

<sup>2</sup> Dieses Kapitel richtet sich, falls nicht anders vermerkt, nach dem Artikel zu Entwicklungszusammenarbeit im Historischen Lexikon der Schweiz. Vgl. [www.hls.ch](http://www.hls.ch) → Suche nach „Entwicklungszusammenarbeit“ [Stand: 10.06.2011].

In den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts bestand Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz vor allem darin, Ausbildungsplätze in der Schweiz anzubieten und Experten im Ausland bereitzustellen. Dies bezog sich aber hauptsächlich auf Europa. Vorerst weiteten bloss private Hilfsorganisationen ihre Tätigkeiten auf die sogenannten Drittweltländer aus, auch hier handelte es sich meist um Knowhow, das in irgendeiner Weise anderen Ländern zur Verfügung gestellt wurde.

Durch das verstärkte Engagement wurde die Bevölkerung für die Entwicklungszusammenarbeit sensibilisiert. In den 1960er-Jahren wurde, wie bereits erwähnt, einerseits der Dienst für technische Zusammenarbeit geschaffen, andererseits wurden auch die Kredite für Entwicklungszusammenarbeit und für bilaterale Hilfe erhöht. 1976 wurde das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe verabschiedet, das immer noch gültig ist.<sup>3</sup> Dieses sieht vor, dass die Interessen der Schweiz und des Partnerlandes gewahrt werden und zudem hauptsächlich bereits bestehende Leistungen durch die Schweizer Hilfe ergänzt werden sollen.

Als wichtiger Bestandteil der Schweizer Aussenpolitik orientiert sich die Entwicklungspolitik an den aussenpolitischen Zielen des Landes. Die schweizerische Entwicklungspolitik fusst auf der Bundesverfassung und den Zielen für die Aussenpolitik. Die Bundesverfassung sieht insbesondere vor, dass die Schweiz "zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen" beiträgt (BV Art. 54 Abs. 2).

Finanziert wird die Entwicklungszusammenarbeit über Rahmenkredite, die jeweils über mehrere Jahre bewilligt werden. Seit 1990 hat sich die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz auch auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa ausgeweitet.

Die DEZA agiert nicht primär als Ausführende der Projekte, die sie unterstützt, sondern eher als Kompetenzzentrum.<sup>4</sup> Sie arbeitet mit Nichtregierungsorganisationen (vgl. Kap. 1.2.) und teilweise mit der Privatwirtschaft zusammen. Die vier Leitsätze, auf die sich die DEZA in ihrer Tätigkeit beruft, lauten: Hilfe zur Selbsthilfe, Wissen als wichtigstes Kapital, internationaler Dialog und Solidarität.

## 4.2. Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz

Neben der DEZA engagieren sich in der Schweiz mehrere Nichtregierungsorganisationen für die Entwicklungszusammenarbeit, mit denen die DEZA verschiedentlich zusammengearbeitet hat und immer noch zusammenarbeitet. Die wichtigsten Organisationen sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Die **Helvetas** wurde 1955 als erstes privates Hilfswerk in der Schweiz gegründet und ist politisch sowie konfessionell unabhängig.<sup>5</sup> Sie setzt sich unter anderem für

---

<sup>3</sup> Vgl. [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Die DEZA → Kurzporträt → Rechtsgrundlagen [Stand: 10.06.2011].

<sup>4</sup> Vgl. für den folgenden Abschnitt: [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Aktivitäten → Entwicklungspolitik → Strategische Ausrichtung [Stand: 16.06.2011].

<sup>5</sup> Vgl. für den folgenden Abschnitt: [www.helvetas.ch](http://www.helvetas.ch) → Über uns [Stand 15.06.2011].

Friedens- und Demokratieförderung, aber auch für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie für eine Verbesserung der Infrastruktur in benachteiligten Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ein.

Die Organisationen **Fastenopfer**, **Brot für alle** und das **Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS)** sind katholisch (Fastenopfer) respektive reformiert (Brot für alle, HEKS) geprägt.<sup>6</sup> Alle engagieren sich auf der südlichen Halbkugel für Frieden und Gerechtigkeit und arbeiten an Projekten mit, die Menschen eine selbstbestimmte Entwicklung ermöglichen sollen. Zudem wollen sie die Schweizer Bevölkerung für die Probleme des Südens sensibilisieren.

Zusammen mit Caritas und Swissaid bilden die oben genannten Nichtregierungsorganisationen die Arbeitsgemeinschaft **Alliance Sud**, die entwicklungspolitische Akzente setzen möchte und als Lobbyorganisation der Hilfswerke fungiert.<sup>7</sup> Alliance Sud engagiert sich für eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0.7 % des Bruttonationaleinkommens (vgl. dazu auch Kapitel. 2.2), für fairen Handel, für eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses in der westlichen Welt, insbesondere in der Schweiz, für einen freien Zugang zu Wasser und für weltweite Steuergerechtigkeit.

Neben den genannten Organisationen ist die **Erklärung von Bern** zu erwähnen, die seit 1968 vor allem in der Entwicklungspolitik engagiert ist und sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit für entwicklungspolitische Fragen zu sensibilisieren.<sup>8</sup> Im Gegensatz zu den anderen vorgestellten Organisationen arbeitet die Erklärung von Bern nicht in Projekten in benachteiligten Ländern, sondern sie setzt sich mit Kampagnen wie der Clean Clothes Campaign für ein Umdenken insbesondere der westlichen Konsumentinnen und Konsumenten ein.

## 5. Politische Aktualität

### 5.1. International

#### 5.1.1. Millenniumsentwicklungsziele der UNO

Im September 2000 verabschiedete die UNO-Generalversammlung die Millenniumserklärung.<sup>9</sup> Diese beinhaltet die acht Millenniumsentwicklungsziele:

- Beseitigung der extremen Armut und des Hungers (Halbierung der Hungerleidenden sowie der Menschen, die weniger als einen US-Dollar pro Tag verdienen, im Vergleich zu 1990)

---

<sup>6</sup> Vgl. für den folgenden Abschnitt: [www.fastenopfer.ch](http://www.fastenopfer.ch) → Über Fastenopfer, [www.brotfueralle.ch](http://www.brotfueralle.ch) → Über uns → Geschichte / → Werte und Ziele, [www.heks.ch](http://www.heks.ch) → Über uns → Geschichte [Stand 15.06.2011].

<sup>7</sup> Vgl. für den folgenden Abschnitt: [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch) → Über uns → Entwicklungspolitik: unsere Ziele [Stand: 15.06.2011].

<sup>8</sup> Vgl. für den folgenden Abschnitt: [www.evb.ch](http://www.evb.ch) → Über die EvB [Stand 15.06.2011].

<sup>9</sup> Vgl. hierzu die Website der UNO Millenniumsentwicklungsziele: [www.un.org/millenniumgoals](http://www.un.org/millenniumgoals) → Background (in English) [Stand: 13.06.2011].

- 
- Grundschulbildung für alle (alle Kinder der Welt schliessen die Primarschulbildung ab)
  - Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau (Geschlechterunterschiede auf allen Bildungsniveaus beseitigen)
  - Senkung der Kindersterblichkeit (Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Vergleich zu 1990 um zwei Drittel senken)
  - Verbesserung der Gesundheit von Müttern (Sterblichkeitsrate von Müttern im Vergleich zu 1990 um drei Viertel senken, allgemeiner Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin (Gynäkologie etc.))
  - Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten (Ausbreitung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und umkehren, Zugang zur Behandlung von HIV/Aids für alle Bedürftigen)
  - Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (Biodiversität erhalten, aber auch Zugang zu sauberem Trinkwasser gewährleisten)
  - Aufbau einer weltweiten Partnerschaft für Entwicklung (Aufbau eines neuen Handels- und Finanzsystems, Rücksichtnahme auf die am wenigsten entwickelten Länder, Senkung der Medikamentenpreise und weiteres).

Diese Ziele sollten bis 2015 erreicht werden. Obwohl vieles dafür unternommen wurde, können bis zum vereinbarten Termin sicher nicht alle Ziele vollständig erreicht werden. So erlitt beispielsweise die globale Armutsbekämpfung durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 einen Rückschlag, weil viele Geberländer ihre Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit kürzten.<sup>10</sup> Während der Anteil der Menschen, die an Hunger leiden, bis vor kurzem sank, steigt er heute wieder an, was vor allem auf die steigenden Nahrungsmittelpreise zurückzuführen ist.<sup>11</sup>

Die Schweiz hat sich als Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet, sich für die Millenniumsziele zu engagieren. Oberste Priorität hat dabei die Reduktion der extremen Armut.<sup>12</sup> Die DEZA setzt in diesem Bereich vor allem auf landwirtschaftliche Entwicklung und auf Wirtschaftsförderung, so wurde zum Beispiel in der Mongolei neues Kartoffelsaatgut eingeführt, um widerstandsfähige Sorten zu kultivieren.

Obwohl durchaus Fortschritte zu beobachten sind bezüglich der Millenniumsziele, hält auch der Bundesrat fest, dass sie wie erwähnt nicht erreicht werden können.<sup>13</sup> Dies liegt laut dem Zwischenbericht des Bundesrates zu den Millenniumsentwicklungszielen an der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber es stellen sich auch weitere Probleme: Einerseits greifen Massnahmen laut Zwischenbericht vor allem dort, wo im betroffenen Land selbst starke Institutionen existieren, die bei der Umsetzung helfen. Andererseits fehlt es der Entwicklungszusammenarbeit

---

<sup>10</sup> Vgl. Millenniumsentwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2010 des Bundesrats, S. 7. [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Aktivitäten → Die Millenniumsentwicklungsziele, Zwischenbericht zum Downloaden als .pdf [Stand: 13.06.2011].

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>12</sup> Vgl. [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Aktivitäten → Die Millenniumsentwicklungsziele [Stand: 13.06.2011].

<sup>13</sup> Vgl. im folgenden Abschnitt, falls nicht anders vermerkt: Millenniumsentwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2010 des Bundesrats, S. 39f.

immer noch an Kohärenz. Das bedeutet, dass die Abstimmung in verschiedenen Politikbereichen innerhalb der Geberländer zu verbessern ist. Diese dürfen sich im Bezug auf die Entwicklungshilfe nicht kontrastieren und damit zu einem Geben und gleichzeitigen Nehmen führen. Die OECD bemängelte zudem in einer Studie, dass die Schweiz sich in zu vielen Bereichen engagiere. In Zukunft will der Bundesrat deshalb stärker auf weniger Themen fokussieren. Ein weiteres Problem, das im Zwischenbericht erwähnt wird, ist die schlechte Messbarkeit des Erfolgs von Interventionen der Entwicklungszusammenarbeit. So ist zum Beispiel nicht klar, inwiefern die Erhöhung des Volkseinkommens in einem Entwicklungsland auf die Massnahmen der Entwicklungshilfe zurückzuführen ist.

### 5.1.2. Poverty Reduction Strategy Papers

Nach der Broschüre „Poverty Reduction Strategy Papers at a glance“ der DEZA bedeutet Armut nicht einfach nur der Mangel an Geld oder Gütern, sondern ist ein vielschichtiges Phänomen, das generelle Unsicherheit, Machtlosigkeit, Verwundbarkeit und soziales Ausgeschlossenheit mit sich bringt.<sup>14</sup> In den 1990er-Jahren hat sich ein internationaler Konsens gebildet, wie die Armut zu bekämpfen sei. Eine sehr wichtige Rolle spielen dabei die sogenannten Poverty Reduction Strategy Papers, die auf eine Initiative des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zurückgehen. Hierbei handelt es sich um Strategien, die ein Entwicklungsland zur Bekämpfung der Armut ausarbeitet (meist auf drei Jahre hinaus). So umfassen die Papiere meist die Schaffung eines breiten Zugangs zu Ressourcen, die Förderung der Grundschulbildung und der medizinischen Versorgung, aber auch die Förderung von kleinen Unternehmen. Die Verantwortung liegt immer bei der Regierung des jeweiligen Landes, diese wird jedoch von Institutionen wie dem IWF unterstützt. Inzwischen haben ungefähr siebzig Länder weltweit eine Strategie zur Armutsbekämpfung erarbeitet. Allerdings birgt das Vorgehen gewisse Risiken: Wenn ein Land Massnahmen zur Armutsbekämpfung ergreift, braucht es dafür möglicherweise finanzielle Ressourcen die es selbst nicht aufbringen kann. Somit steigt die Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe. Zudem stellt sich die Frage, ob die Strategien immer flexibel genug sind, auch alternative Ansichten miteinzubeziehen.

## 5.2. Schweiz

Das Parlament hat Ende Februar 2011 beschlossen, die Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe<sup>15</sup> für die Jahre 2011 und 2012 um 640 Millionen zu erhöhen.<sup>16</sup> Die

---

<sup>14</sup> Vgl. in diesem Kapitel, falls nicht anders vermerkt: Poverty Reduction Strategy Papers at a glance, DEZA und seco. [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Aktivitäten → Ziele der Schweizer Entwicklungspolitik → Strategien zur Armutsbekämpfung [Stand: 14.06.2011].

<sup>15</sup> Unter öffentlicher Entwicklungshilfe (APD) sind laut OECD alle Geldströme zu verstehen, „die aus dem öffentlichen Sektor stammen (Bund, Kantone, Gemeinden); vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen; zu Vorzugskonditionen gewährt werden (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen); für Entwicklungsländer und -regionen bestimmt sind (2009 - 2010: 152) sowie für multilaterale Organisationen, die auf der OECD-Liste aufgeführt sind.“ Zitiert nach: [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Die DEZA → Zahlen und Fakten → Die Schweiz im internationalen Vergleich [Stand 15.06.2011].



Beiträge für 2013-2016 werden separat behandelt, bis in fünf Jahren soll jedoch das Budget der Entwicklungshilfe 0.5 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Mit den Beiträgen sollen in Zukunft hauptsächlich Projekte in den Bereichen Wasser und Klima gefördert werden. Im Jahr 2010 betrug die öffentliche Entwicklungshilfe 2'393.1 Millionen Franken (geschätzter Betrag, da noch keine genauen Zahlen vorhanden).<sup>17</sup> Dazu ist jedoch anzumerken, dass in dieses Budget auch Rückkehrhilfen sowie die Hilfe für Asylbewerber in der Schweiz (395.5 Mio. Franken) und Stipendien für ausländische Studierende in der Schweiz (6.6 Mio. Franken) integriert sind.

Mit den beschlossenen 0.5 % liegt die Schweiz ziemlich genau im Schnitt der Ausgaben der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der 2010 bei 0.49 % liegt.<sup>18</sup> Der Zwischenbericht des Bundesrats zu den Millenniumsentwicklungszielen betont jedoch, dass Länder, die ähnlich globalisiert und wohlhabend sind wie die Schweiz, deutlich mehr Geld für die öffentliche Entwicklungshilfe aufwenden (z.B. Norwegen, Schweden, Luxemburg).<sup>19</sup> Alle diese Länder geben mehr als ein Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe aus. Die UNO fordert ausserdem bereits seit rund fünfzig Jahren, dass alle Industrieländer 0.7 % ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe aufbringen.<sup>20</sup>

Zudem sind momentan verschiedene Geschäfte zur Entwicklungshilfe im Parlament hängig. Diese sind auf der Geschäftsdatenbank Curia Vista einsehbar.<sup>21</sup> In den Geschäften wird beispielsweise die Konzentration der Entwicklungshilfe auf einzelne Schwerpunktländer und -bereiche hinterfragt und es wird ein Innovationsfonds gefordert, mit dem auch Projekte gefördert werden könnten, die nicht innerhalb der gesetzten Schwerpunkte liegen. Es existieren aber auch Bestrebungen, die Entwicklungshilfe an Bedingungen zu knüpfen, so zum Beispiel keine Entwicklungshilfe an nicht-demokratische Staaten zu richten. Zudem soll der Bundesrat über die Effizienz der Schweizer Entwicklungshilfe Bericht erstatten.

## 6. Kritik am Konzept der Entwicklungszusammenarbeit

Der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend kritisiert.<sup>22</sup> Die Verwendung der Bezeichnung *Entwicklung* schliesst die Vorstellung mit ein, dass die

---

<sup>16</sup> Vgl. [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Aktivitäten → Erhöhung Entwicklungshilfe [Stand 15.06.2011].

<sup>17</sup> Vgl. [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Die DEZA → Zahlen und Fakten → APD [Stand 15.06.2011].

<sup>18</sup> Vgl. [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Die DEZA → Zahlen und Fakten → Die Schweiz im internationalen Vergleich [Stand 15.06.2011].

<sup>19</sup> Vgl. Millenniumsentwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2010 des Bundesrats, S. 40.

<sup>20</sup> Vgl. Historischen Lexikon der Schweiz. Vgl. [www.hls.ch](http://www.hls.ch) → Suche nach „Entwicklungszusammenarbeit“ [Stand: 10.06.2011].

<sup>21</sup> [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) → Curia Vista Geschäftsdatenbank → Suche nach Entwicklungshilfe → Sortieren nach Geschäftsnummer, dann erscheinen die noch nicht behandelten Geschäfte zuerst.

<sup>22</sup> Vgl. in diesem Kapitel, falls nicht anders vermerkt: Ziai, Aram: Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10 (2010), S. 23-29.

Industrieländer, also die bereits entwickelten Länder, als Vorbild für die noch zu entwickelnden Länder zu gelten haben. Der Weg, den die Entwicklungsländer zu gehen haben, ist somit vorgezeichnet. KritikerInnen dieses Ansatzes betonen, dass diese Sichtweise eine eurozentrische sei, also nur die Meinung der westlichen Welt repräsentiere und die eigene Gesellschaft als Modell nehme.

Diese Modellfunktion können die westlichen Gesellschaften jedoch immer weniger übernehmen, gerade in Bezug auf die Nachhaltigkeit: Die Industrieländer verbrauchen so viel Ressourcen, dass gar nicht alle Menschen aller Regionen der Welt so leben können, wie wir das in Europa und Nordamerika heute tun, weil die Erde dafür nicht genügend Ressourcen zur Verfügung stellt. In diesem Bereich hat zwar auch in der Entwicklungszusammenarbeit ein Umdenken stattgefunden, trotzdem kritisieren viele, dass im Bereich der Wirtschaft weiterhin eine Ökonomie nach westlichem Vorbild angestrebt werde.

Ein weiterer Punkt, der kritisiert werden kann, ist die Frage nach der Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit. Obwohl vieles sehr schwer messbar ist, existieren doch Studien zu Wirksamkeit und Effizienz verschiedener Massnahmen.<sup>23</sup> So wurde zum Beispiel bei einer Untersuchung in Kenia herausgefunden, dass die Behandlung mit Entwurmungsmitteln die effizienteste Methode war, die Rate der Kinder zu erhöhen, die eine Schule besuchten. Durch die Entwurmung waren sie seltener krank und brachen die Schule weniger häufig ab. Ebenfalls effizient war, eine Gratismahlzeit in der Schule anzubieten. Keine grosse Wirkung hatte eine Direktzahlung an die Eltern, die an die Bedingung geknüpft war, dass sie ihre Kinder zur Schule schickten. Solche Studien zeigen, dass Massnahmen, die durchaus plausibel scheinen, nicht immer auch in der Realität effizient sind. Die Resultate dieser Untersuchungen sollten in Zukunft auch in die Planung der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden.

## 7. Aktuelles zum Schluss

Die Entwicklungszusammenarbeit ist auf der politischen Agenda ein ganz aktuelles Thema. Ab dem Frühling 2012 behandeln die Eidgenössischen Räte nämlich das Geschäft Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit 2013-2016 und damit die inhaltliche und finanzielle Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit der kommenden Jahre. Die wichtigsten Punkte aus der noch zu behandelnden Botschaft sind auf der letzten Seite dieses Dossiers abgedruckt. Darin ist ersichtlich, dass es in der Entwicklungszusammenarbeit inhaltlich immer stärker auch um ökologische Themen, Klimawandel, grüne Ökonomie und die Erhaltung der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen geht. Zu diesen Punkten hat natürlich die Jugend einen starken Bezug und kann legitime Forderungen ans Parlament stellen, weshalb die zukünftige Ausrichtung der Entwicklungspolitik sicherlich Thema in der Expertenrunde sein wird.

---

<sup>23</sup> Vgl. für diesen Abschnitt: Pomeranz, Dina: Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Armen, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 61, 13. März 2008, S. 31.

---

## 8. Weiterführende Links

[www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch) → Homepage der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

<http://www.un.org/millenniumgoals/> → Homepage der Millenniumsentwicklungsziele der UNO (auf Englisch oder Französisch)

<http://www.imf.org/external/np/prsp/prsp.aspx> → Informationen des Internationalen Währungsfonds zu den Poverty Reduction Strategy Papers (auf Englisch)

[www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch) → Arbeitsgemeinschaft verschiedener Schweizer Hilfswerke  
Mitglieder von Alliance Sud

[www.swissaid.ch](http://www.swissaid.ch)

[www.fastenopfer.ch](http://www.fastenopfer.ch)

[www.brotfueralle.ch](http://www.brotfueralle.ch)

[www.helvetas.ch](http://www.helvetas.ch)

[www.caritas.ch](http://www.caritas.ch)

[www.heks.ch](http://www.heks.ch)

[www.evb.ch](http://www.evb.ch) → Erklärung von Bern

[www.hls.ch](http://www.hls.ch) → Historisches Lexikon der Schweiz → Suche nach „Entwicklungszusammenarbeit“